

Politik

Empörung über Galants Entlassung

Opposition in Israel ruft zum Streik auf

Nach der dramatischen Entlassung des israelischen Verteidigungsministers Joav Galant haben führende Oppositionspolitiker in seltener Einigkeit zu neuen Protesten im Land aufgerufen. Die Bürger Israels müssten in den Streik treten, forderte Jair Golan, Vorsitzender der Demokraten, des Bündnisses zwischen der sozialdemokratischen Arbeitspartei und der linksliberalen Merez. Mitten in einem Mehrfrontenkrieg hatte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu den unbehaglichen Minister Galant entlassen. Netanjahu begründete die Entlassung mit einem zerrütteten Vertrauensverhältnis. Die Opposition wirft ihm jedoch vor, er habe aus egoistischen politischen Erwägungen gehandelt und gefährde mit dem Schritt die Sicherheit Israels. Oppositionsführer Jair Lapid sagte, Netanjahu habe Galant entlassen, um die umstrittene Freistellung strengreligiöser Männer vom Wehrdienst durchsetzen zu können und damit den Erhalt seiner Koalition zu sichern.

Die mit der Wahl im eigenen Land beschäftigte US-Regierung – trotz aller Differenzen weiterhin Israels wichtigster Verbündeter – lobte den entlassenen Minister in höchsten Tönen. Und auch Israels Staatspräsident meldete sich mit einer mahnenden Botschaft zu Wort. „Die überraschende Entscheidung, Verteidigungsminister Galant zu entlassen, ist besorgniserregend, insbesondere inmitten zweier Kriege und während Israel sich auf die Verteidigung gegen einen möglichen Angriff aus dem Iran vorbereitet“, zitierte die Zeitung The Times of Israel einen US-Beamten. „Wir haben Frage zu den Gründen für Galants Entlassung und was zu der Entscheidung geführt hat.“

In der israelischen Küstenmetropole Tel Aviv blockierten am Dienstagabend empörte Demonstranten die wichtige Stadtautobahn Ajalon mit brennenden Autoreifen und skandierten – Netanjahus bekannten Rufnamen protestend – „Bibi ist ein Verräter“. Bei Protesten in Jerusalem und Haifa wurden Medienberichten zufolge mindestens fünf Menschen festgenommen.

Die angesichts der Kriege mit der Hamas im Gazastreifen und der Hisbollah im Libanon ohnehin gespannte Stimmungslage in Israel hat sich aufgrund der umstrittenen Personalie nochmals verschärft. „Das Letzte, was der Staat Israel jetzt braucht, ist ein Aufbruch und ein Bruch mitten im Krieg. Die Sicherheit des Staates Israel muss an erster Stelle stehen“, schrieb Präsident Izhak Herzog auf X. „Wir befinden uns in einer der schwierigsten und herausforderndsten Zeiten, die wir je erlebt haben. Israels Feinde warten nur auf ein Zeichen von Schwäche, Zerfall oder Spaltung.“ (dpa)



Joav Galant wurde als Verteidigungsminister abgesetzt. CHAD MCNEELLY/DPA



Schwieriges Verhältnis: Angela Merkel und Donald Trump (r.) beim G7-Treffen im kanadischen Quebec im Jahr 2018

JESCO DENZEL/GERMAN FEDERAL GOVERNMENT VIA AP

„Auf Europa kommt einiges zu“

Ex-General Erich Vad über den Ukraine-Krieg und die Rolle von Donald Trump

Die erste Präsidentschaft von Donald Trump war von einer scharfen Auseinandersetzung mit Deutschland geprägt. Die Bundesregierung müsse mehr für die Landesverteidigung ausgeben, die deutsche Wirtschaft dürfe nicht länger von günstigen russischen Gasimporten profitieren und solle sich Zöllen gegen China anschließen. So lauteten die zentralen Forderungen der ersten Trump-Administration. Seither hat sich Europa und die deutsche Außenpolitik stark gewandelt. Der Ukrainekrieg, die Sprengung von Nord Stream 2 und die Zeitenwende-Politik hat den Kontinent und das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten verändert. Erich Vad, einst militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, erläutert im Gespräch mit der Berliner Zeitung, vor welchen Herausforderungen Deutschland im Verhältnis zur neuen Trump-Regierung steht.

Herr Vad, Donald Trump hat die US-Präsidentschaftswahl gewonnen. Im Vorfeld hatte er erklärt, den Krieg in der Ukraine binnen 24 Stunden zu beenden. Ist morgen Frieden in Europa?

So schnell wird das nicht gehen. Trump wird erst im Januar im Amt sein. Vielleicht will er den Krieg für die USA beenden. Washington kann zum Beispiel darauf hinwirken, dass der Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland, der in der Ukraine geführt wird, von den Europäern gewissermaßen übernommen werden muss. Vielleicht entwickelt sich der Ukrainekrieg aber auch einen zu einem Frozen Conflict. Ob es tatsächlich zu einem Waffenstillstand mit Friedensverhandlungen kommt, muss man abwarten.

Aber die derzeit laufende Europäisierung des Krieges, bei gleich-

ZUR PERSON



Erich Vad (67) ist Brigadegeneral außer Dienst, Publizist und Unternehmensberater. Er war von 2007 bis 2013 Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, Sekretär des Bundessicherheitsrates und Militärpolitischer Berater der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

zeitiger weiterer Eskalation, das ist das Besorgniserregende aus europäischer Sicht. Wir haben nun nordkoreanische Soldaten in der Region. Dazu fordern westliche Politiker weitreichende Waffen für Kiew, die tief ins russische Hinterland schießen können. In dieser Situation müssen die Europäer aufpassen: Wir müssen unsere Interessen viel stärker in den Fokus nehmen – und die sind nicht unbedingt identisch mit denen der USA.

Biden und Scholz wollten die Nato „Trump-sicher“ machen und Mittelstreckenraketen in Deutschland stationieren. Wird dieser Kurs nun fortgesetzt werden?

Die Tendenz von Trump, dass er die Nato nicht für so wichtig hält, sondern vor allen Dingen den Fokus auf China legt, wird uns erhalten bleiben. Er wird auch von den europäischen Partnern höhere Beiträge fordern, im Gegenzug dafür, dass Amerika in der Nato verbleibt.

Aus europäischer Sicht können wir kein Interesse an einer langen Fortsetzung des Krieges mit Russland haben. Aus US-Sicht wird die-

ser Krieg, wenn auch Stellvertreterkrieg, anders bewertet: Die USA sind über 5000 Meilen entfernt von dem europäischen Kriegsschauplatz in der Ukraine.

Trump wird ein gutes Verhältnis zu Putin attestiert. Ist es nicht ein Widerspruch, einerseits enge Beziehungen zu Russland zu haben, andererseits einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine weiter zu befeuern?

Die internationalen Beziehungen sind voll von Widersprüchen. Eine Aufteilung der Welt in gute Demokratien und schlechte Autokratien hätte schlechtes Kinderbuch-Niveau. Wir Europäer haben mit unserer einseitigen Ukraine-Politik die Russen regelrecht in die Arme der Chinesen getrieben. Das ist makrostrategisch äußerst schlecht. Trump wird versuchen, dass immer eher werdende russisch-chinesische Bündnis aufzubrechen. Wenn er das machte, wäre er intelligent.

Die Bundesregierung sollte die Widersprüche in den internationalen Beziehungen zur Kenntnis nehmen. Die Türkei und Indien sind gute Beispiele für ein solches Handeln: Die Türkei ist ein wichtiger Nato-Partner, aber auch gleichzeitig eng mit den Brics-Staaten verflochten. Erdogan hat einen engen Draht zu Putin, importiert russische Waffen und exportiert gleichzeitig türkische Waffen in die Ukraine. Indiens Regierungschef Modi war im Sommer in Kiew und vier Wochen zuvor in Moskau. Er hat eine enge Rüstungskonkurrenz mit den Russen, die gleiche aber auch mit den Ukrainern vereinbart, bezieht Gas und Öl aus Russland, verkauft sie weiter nach Deutschland, sucht gleichermaßen den Schulterchluss mit China wie mit den USA. Auch wir Europäer sollten differenzierter und eigen-interessenorientierter auf die Weltpolitik schauen. Gerade

in der Auseinandersetzung mit Trump wird man sonst schnell über den Tisch gezogen.

Washington hat China zum Hauptgegner erklärt. Trump hat bereits angekündigt, neue Zölle auf chinesische Waren zu verhängen. Worauf müssen wir uns einstellen?

Es wird sicherlich einiges auf die Europäer zukommen. Trump wird uns im Sicherheitsbereich mehr Eigenständigkeit abverlangen, dazu gehören vor allem höhere Verteidigungsausgaben. Letztlich ist das auch ein Deal für die USA, weil über 60 Prozent der importierten Rüstungsgüter in Europa aus den USA stammen. In Deutschland ist der Anteil sogar noch höher. Für Trump ist das ein guter Deal. Er akzeptiert nicht, dass Deutschland einerseits die Sicherheit aus den USA importiert und andererseits mit den Gegenspielern der USA, Russland und China Milliarden-Geschäfte machen will. Dieser Ansatz Deutschlands ist seit der Zeitenwende Geschichte.

Für Deutschland birgt das Gefahren: Wenn wir Trumps Weg unkritisch mitgehen, dann fahren wir unsere Wirtschaft vor die Wand. Deutschland hat gegen EU-Zölle für chinesische Elektroauto-Hersteller gestimmt. Das hat Trump sehr wohl registriert. Die USA werden auch Zölle auf deutsche Importe erheben. Deutschland muss hier interessenorientiert vorgehen und auch „die chinesische Karte“ ausspielen. Sonst kommen wir unter die Räder. Leider haben wir derzeit eine schwache Regierung. Aber sie ist auch ein Stück weit selber schuld, weil sie in das Trump-Lager kaum belastbare Drähte aufgebaut hat in den letzten Jahren. Das halte ich für sehr kurzsichtig.

Interview: Simon Zeise

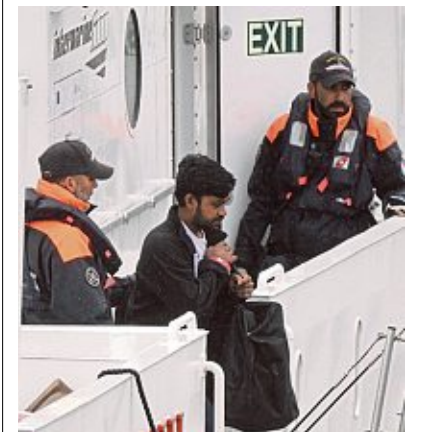
NACHRICHTEN

Schutzanspruch für Opfer häuslicher Gewalt

Für die Opfer von häuslicher Gewalt soll ein Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung eingeführt werden. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den das Bundesfamilienministerium in die Abstimmung mit anderen Ressorts gegeben hat. Laut Entwurf sollen die Bundesländer verpflichtet werden, ein ausreichendes Netz an Schutzeinrichtungen und Beratungsstellen sicherzustellen. Gleichzeitig will sich der Bund über zehn Jahre hinweg an den entstehenden Kosten beteiligen. Laut Kriminalstatistik waren 2023 in Deutschland 256.276 Menschen Opfer häuslicher Gewalt. Die Dunkelziffer dürfte erheblich größer sein. (dpa)

Italien bringt Flüchtlinge erneut nach Albanien

Italiens Rechtsregierung startet einen neuen Versuch, Mittelmeer-Migranten außerhalb der EU in Flüchtlingslagern unterzubringen. Ein italienisches Marineschiff nahm am Mittwoch acht Menschen in internationalen Gewässern an Bord und steuerte den albanischen Hafen Shengjin an. Vor knapp drei Wochen hatten die italienischen Behörden eine erste Gruppe von 16 Migranten dorthin gebracht, damit sie dort beschleunigte Asylverfahren nach italienischem Recht durchlaufen. Die italienische Regierung unter Giorgia Meloni erlitt jedoch eine Niederlage vor Gericht. Die Männer aus Ägypten und Bangladesch mussten dann doch nach Italien gelassen werden. Begründet wurde dies damit, dass beide Staaten keine sicheren Herkunftsländer seien. Meloni setzte daraufhin per Erlass eine aktualisierte Liste von 19 vermeintlich sicheren Herkunftsländern fest. (dpa)



Im Oktober hatte Italien schon einmal Flüchtlinge nach Albanien gebracht. AP

Migranten im Ärmelkanal gestorben

An der nordfranzösischen Küste sind vier Migranten beim Versuch, mit Schleuserbooten über den Ärmelkanal nach England zu gelangen, gestorben. Nachdem die Besatzung einer Kanalfähre einen im Meer treibenden Körper gesichtet hatte, barg die Gendarmerie später zwei Tote. Am Mittwoch wurde am Strand von Calais ein weiterer Toter entdeckt. Außerdem meldete ein Fischer einen im Meer treibenden Menschen, der ebenfalls tot geborgen wurde. (AFP)

Sächsische AfD will Neonazis ausschließen

Der Landesvorstand der sächsischen AfD will drei Parteimitglieder ausschließen, die zur mutmaßlichen militanten Neonazi-Gruppierung „Sächsische Separatisten“ gehören sollen. „Die AfD lehnt jegliche Form von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ab“, erklärte Parteichef Jörg Urban in Dresden. (dpa)

Kiew fordert Reaktion der Weltgemeinschaft

Einsatz nordkoreanischer Soldaten in Russlands Angriffskrieg sei erwiesen

Die ukrainische Regierung hält den Einsatz nordkoreanischer Soldaten in Russlands Angriffskrieg gegen ihr Land für erwiesen und fordert eine harte Reaktion der Weltgemeinschaft. Verteidigungsminister Rustem Umjerow sprach in einem Interview mit dem südkoreanischen Sender KBS von ersten Ge-

fechten mit Nordkoreanern. Diese würden sich jedoch getarnt als Angehörige des sibirischen Volkes der Burjaten in die russische Armee einreihen. Daher sei es schwierig, die Nordkoreaner zu identifizieren. Einem US-Medienbericht zufolge kamen nordkoreanische Truppen erstmals in der russischen Grenzre-

gion Kursk zum Einsatz. „Mit den ersten Kämpfen mit nordkoreanischen Soldaten wird eine neue Seite der Instabilität in der Welt aufgeschlagen“, sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj in seiner abendlichen Videobotschaft. Zum Einsatz der Nordkoreaner auf dem Schlachtfeld äußerte er sich weniger konkret als

sein Verteidigungsminister. Dafür formulierte er eine klare Forderung: „Gemeinsam mit der Welt müssen wir alles tun, um sicherzustellen, dass dieser russische Schritt zur Ausweitung des Krieges, zur Eskalation, ein Schritt hin zur Niederlage ist.“ Das gelte sowohl für Russland als auch für Nordkorea. (dpa)